Energie-Control Austria

2. Energie Round-Table 2011

„Preisentwicklungen am Energiemarkt – Wie geht es weiter?“

Mittwoch, 8. Juni 2011

Energie-Control Austria

In dieser Pressemappe finden Sie:

- Inhaltsverzeichnis
- Die Gesprächspartner
- Preisentwicklungen am Energiemarkt?
  Energiepreise im Aufwind – Liquider Gasmarkt Voraussetzung für Verbesserungen – Keine unmittelbaren Folgen für die Endkunden durch Atomausstieg – Effekte des Atomausstiegs in Deutschland – Auswirkungen auf Österreich – Nutznießer des Atomausstiegs

Weitere Informationen:
Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
Tel.: 24 7 24-206
Fax: 24 7 24-900
www.e-control.at
Twitter: www.twitter.com/energiecontrol
Facebook: www.facebook.com/energie.control

Energie-Control Austria

Als Gesprächspartner stehen Ihnen zur Verfügung:

DI Walter Boltz
Vorstand Energie-Control Austria

Mag. (FH) Martin Graf
Vorstand Energie-Control Austria

Mag. Johannes Mayer
Leiter der Abteilung Volkswirtschaft Energie-Control Austria

Preisentwicklungen am Energiemarkt - Wie geht es weiter?

Energiepreise im Aufwind – Liquider Gasmarkt Voraussetzung für Verbesserungen – Keine unmittelbaren Folgen für die Endkunden durch Atomausstieg – Effekte des Atomausstiegs in Deutschland – Auswirkungen auf Österreich – Nutznießer des Atomausstiegs

Kaum eine Woche vergeht, in der keine Preissteigerung bei Erdgas bekannt gegeben wird. Diese fallen zum Teil massiv aus. Der nunmehr beschlossene Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie gibt Anlass zu weiteren angeregten Diskussionen. Höhere Preise und mangelnde Sicherheit bei der Energieversorgung werden in Deutschland befürchtet.

Der Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie

Im Oktober 2010 hatte die deutsche Regierung den von der rot-grünen Bundesregierung ausgehandelten Atomkonsens aufgekündigt, der einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie vorsah. Die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke wurden verlängert. Nach den Ereignissen in Fukushima leitete die deutsche Regierung jedoch eine energiepolitische Wende ein. Am 14. März wurde beschlossen, die sieben Moratoriumsreaktoren, die vor 1980 errichtet worden waren, still zu legen und das seit 2009 abgeschaltete Kernkraftwerk Krümmel außer Betrieb zu lassen. Das Moratorium umfasste Atomkraftwerksanlagen mit einer Leistung von 8.422 MW, allerdings waren davon Reaktoren mit einer Leistung von rund 3.357 MW nicht mehr in Betrieb, durch Revisionen bzw. Kraftwerksprobleme. 3.720 MW befinden sich konzentriert im Süden Deutschlands.

Anfang Juni wurde der endgültige stufenweise Atomausstieg bis Ende 2022 beschlossen, die acht bereits vom Netz genommenen Kernkraftwerke bleiben dauerhaft abgeschaltet. Über das Gesetzespaket für die Energiewende soll der Deutsche Bundestag am 30. Juni entscheiden, am 8. Juli sollen die Gesetzesvorlagen dem Bundesrat zur Abstimmung vorgelegt werden.

Der Plan entspricht dem Atomkonsens 2001, der ebenfalls eine Laufzeit der AKWs von generell 32 Jahren vorsah. Die vorzeitige Schließung der 8 AKWs aus dem Moratorium betrifft etwa 140 TWh.

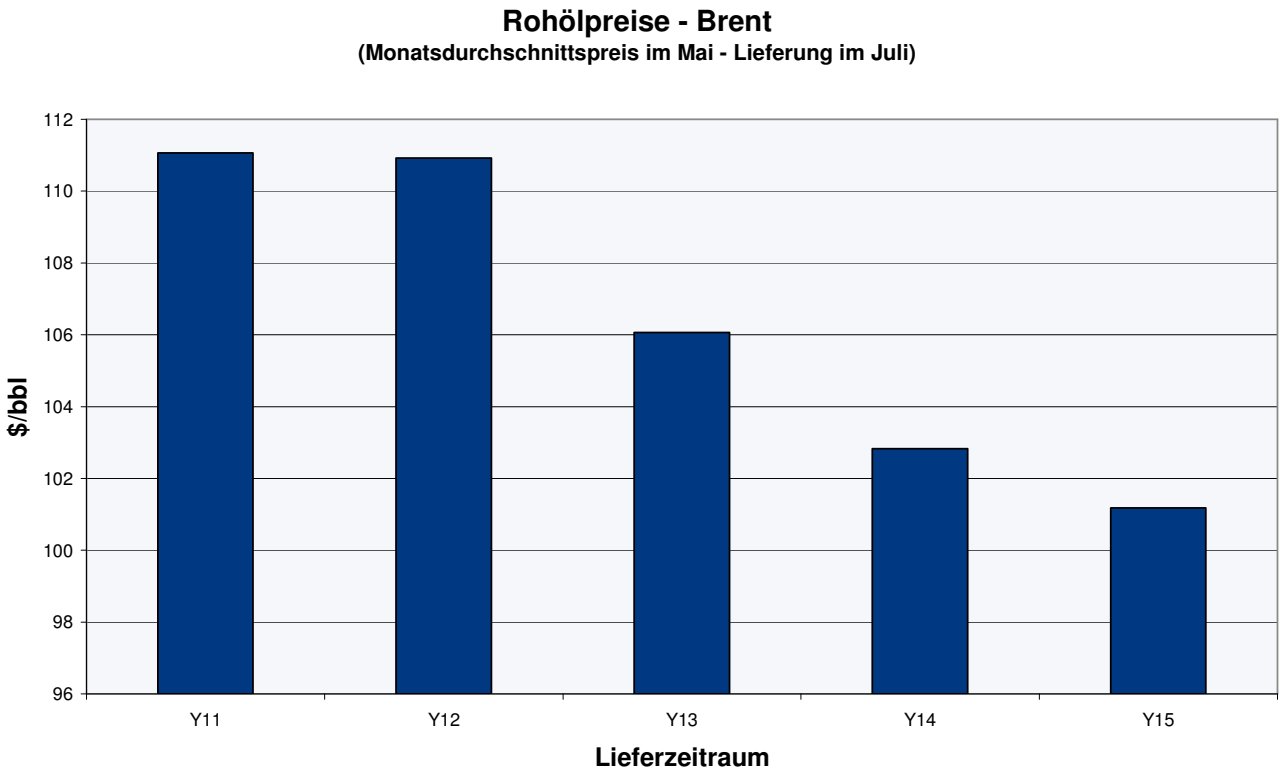
	MW	Energiekonzept 2010	Ausstieg
Neckarwestheim1	785	Jul.2019	Mär.2011
Biblis A	1.167	Mär.2019	Mär.2011
Isar 1	878	Sep.2019	Mär.2011
Unterweser	1.345	Jän.2020	Mär.2011
Brunsbüttel	771	Okt.2019	Mär.2011
Philippsburg 1	890	Aug.2020	Mär.2011
Biblis B	1.240	Okt.2020	Mär.2011
Grafenrheinfeld	1.275	Aug.2028	Dez.2015
Grundremmingen B	1.284	Jän.2033	Dez.2017
Philippsburg 2	1.402	Jul.2031	Dez.2019
Grohnde	1.360	Aug.2032	Dez.2021
Grundremmingen C	1.288	Dez.2032	Dez.2021
Krümmel	1.346	Apr.2031	Mär.2011
Brokdorf	1.410	Aug.2032	Dez.2021
Isar 2	1.410	Jun.2033	Dez.2022
Emsland	1.329	Dez.2034	Dez.2022
Neckarwestheim 2	1.310	Feb.2036	Dez.2022
	20.490		

Quelle: r2b, Dt. Bundesregierung

Um die fehlenden Stromkapazitäten durch die Abschaltung der Kernkraftwerke zu kompensieren, ist geplant, mehrere neue Kraftwerke – längerfristig vor allem Gaskraftwerke – zu errichten. Der Ausbau erneuerbarer Energien (v.a. Windenergie) sowie der Ausbau des Stromnetzes sollen massiv vorangetrieben werden. Bis 2020 soll ein Ökostromanteil von 35 Prozent erreicht werden. Die Fördermittel für energiesparende Gebäudesanierungen werden ab 2012 auf 1,5 Mrd Euro pro Jahr angehoben.

Entwicklung der Primärenergie- und CO_2 Preise

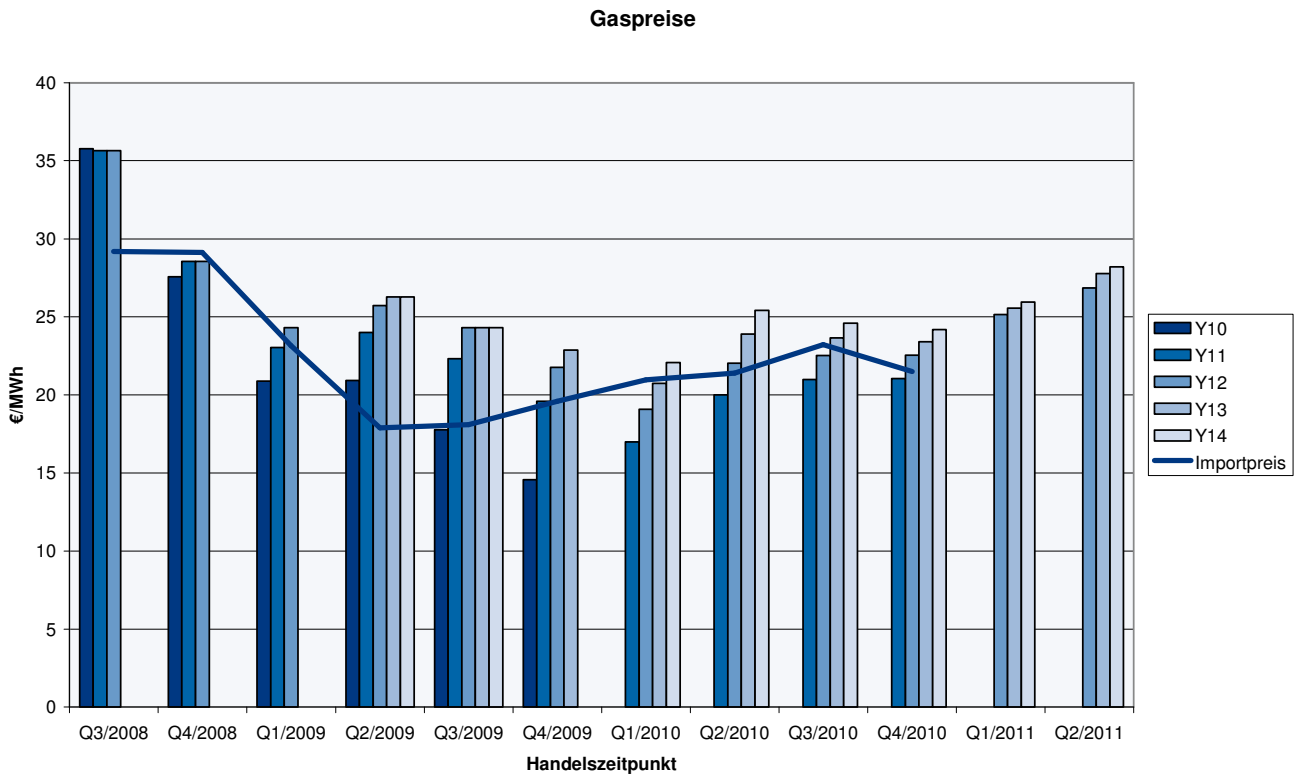
Öl ist nach wie vor ein wesentlicher Konjunkturindikator. Die Preise anderer Energieträger sind vom Ölpreis abhängig. Die Rohölpreise werden an den Handelsplätzen für künftige Lieferungen aktuell mit sinkender Tendenz notiert, beispielsweise -10% für Juli 2015 gegenüber Juli 2011. Allgemein wird davon ausgegangen, dass die Erdölblase platzen könnte, unter anderem durch ein mögliches Ende der Dollarabwertung und einer Kapitalverschiebung aus den Commodities in den US Dollar durch die Anleger. Die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten und die schlechteren Wachstumsaussichten könnten den Ölpreis unter Druck bringen.



Quelle: ICE, eigene Berechnungen

Gas, Kohle oder CO_2 sind preisbestimmend für die elektrische Energie. Die Preise bei Primärenergieträgern sind aktuell von einem kontinuierlichen Ansteigen geprägt. Nach dem deutlichen Preisanstieg im Gasbereich im Jahr 2008 (35 €/MWh) sind die Preise im vierten Quartal 2009 um mehr als die Hälfte gefallen (<15 €/MWh). Seither ist ein konstanter Anstieg zu verzeichnen.

Die Preissteigerungen bei Gas haben bereits im Februar begonnen, als der Preis bei etwa 22 €/MWh lag. Die Preisspitze war am 17.3.2011 am CEGH mit 26,95 €/MWh zu verzeichnen (+ 23%). Die Forwardpreise für 2012 stiegen von 24 €/MWh auf 27 €/MWh, das sind plus 13%. „Die Erdgaspreise werden für die folgenden Jahre relativ stabil gehandelt, könnten sich nach internationaler Einschätzung im Jahr 2013 jedoch auf etwa 30 €/MWh erhöhen.“, so DI Walter Boltz, Vorstand der E-Control.

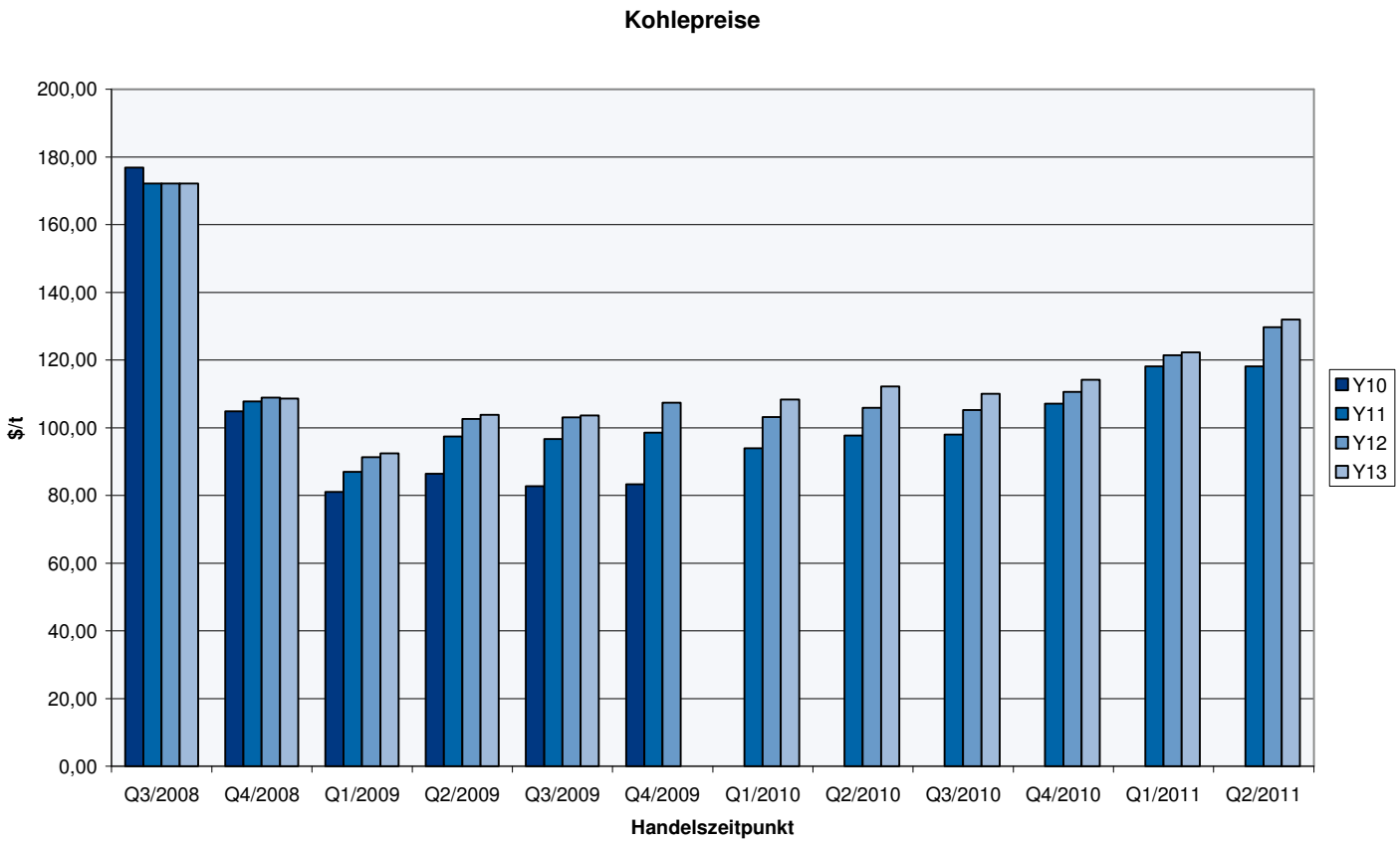


Quelle: EEX, Statistik Austria, eigene Berechnungen

Fukushima und die wachsende Nachfrage im pazifischen Raum wird darüber hinaus zu einem Zusammenlaufen der LNG und Pipeline Gaspreise in Europa führen, da der Markt für LNG Gas enger wird und in Europa Pipelinegas einen Preisdeckel nach oben darstellt.

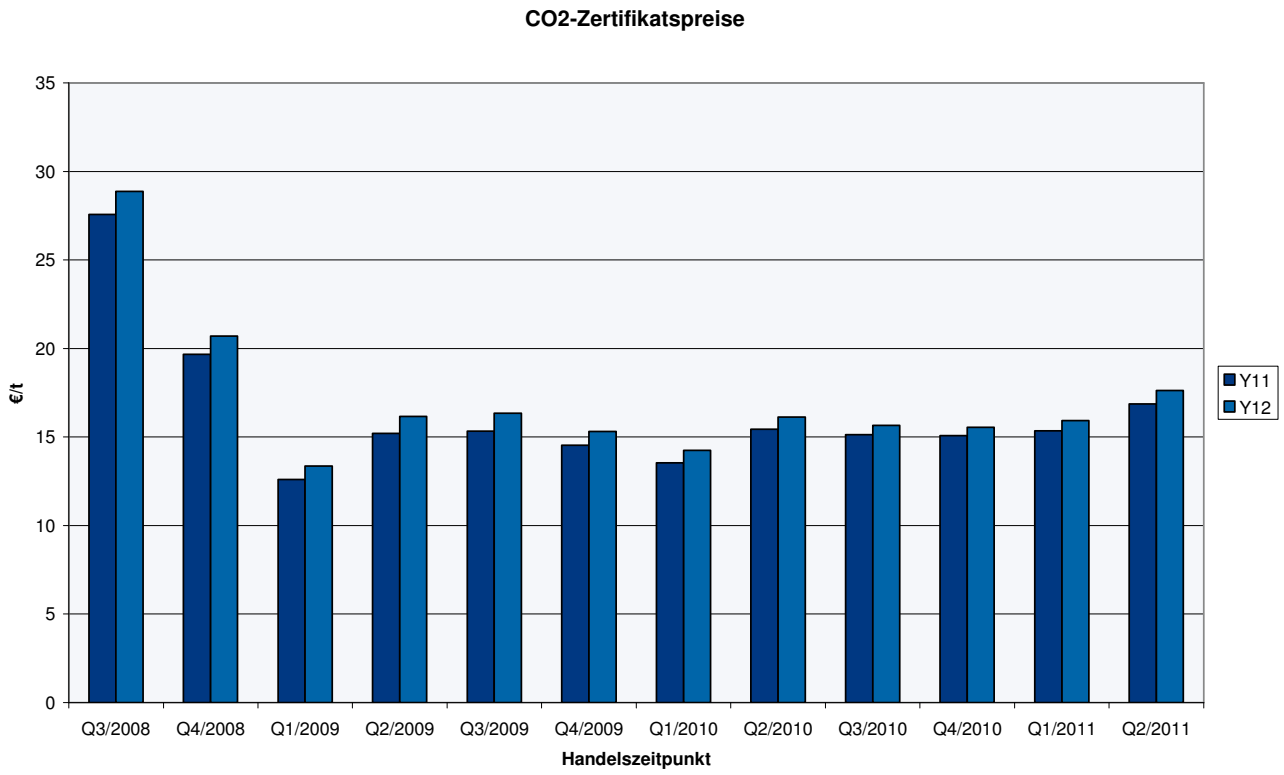
Auch die Steinkohlepreise sind gestiegen. Diese lagen vor Fukushima bei 115 $/t und liegen jetzt bei etwa 130 $/t (+13%). Nach den Preisspitzen im Jahr 2008, als die Preise für Steinkohle über 160 $/t waren, sind diese aufgrund der Wirtschaftskrise auf etwa die Hälfte verfallen. Mitverursacher waren auch die günstigeren Frachtraten

der Kohleschiffe (dry bulk ships) im Jahr 2009. Allerdings wurden von Anfang an nur die Lieferwege im Jahr 2010 derart günstig bewertet. Lieferungen im Jahr 2011 und später sanken kaum unter 100$/t. Erst 2011 hat sich eine weitere Preissteigerung ergeben.



Quelle: EEX, eigene Berechnungen

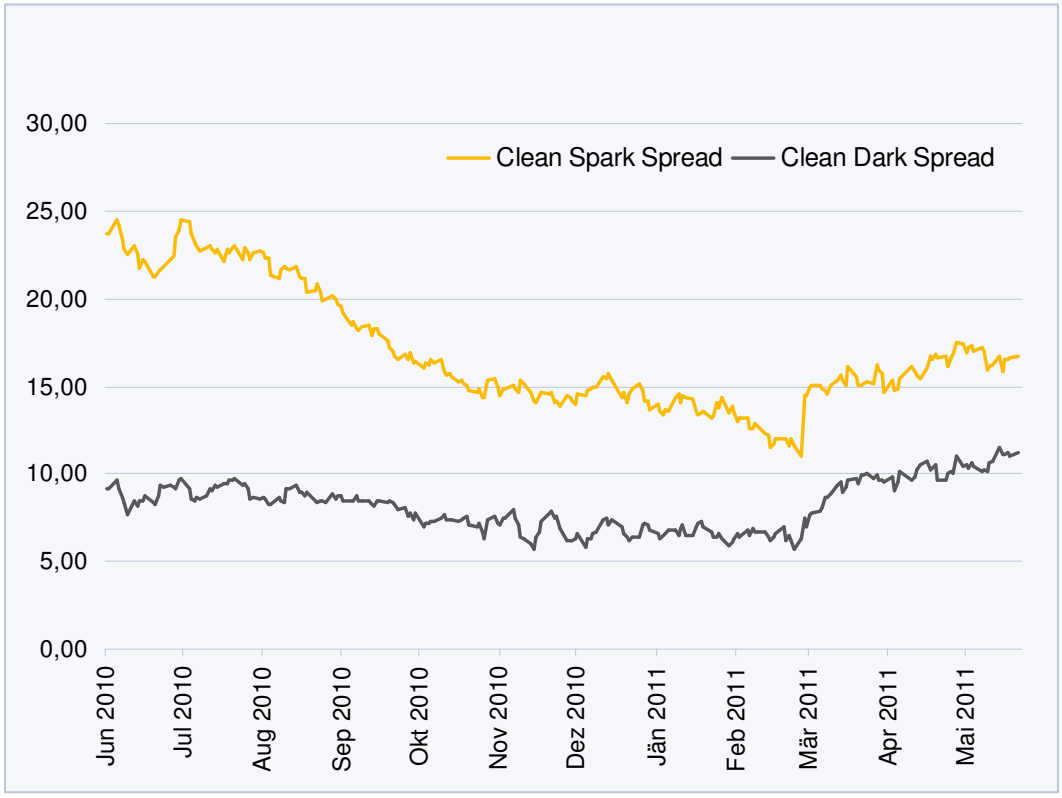
Auch die CO_2 Preise haben aufgrund des deutschen Atomrückzugs und der Erwartung zusätzlicher fossiler Erzeugung eine dramatische Entwicklung hinter sich. 2008 stiegen die Emissionszertifikate auf knapp 30 €/t. Im ersten Quartal 2009 fiel das Preisniveau auf ca. die Hälfte und hielt sich bis vor kurzem ziemlich konstant (15 €/t). In den letzten Wochen stiegen die Preise recht kräftig, für 2012 sind die CO_2 Preise um etwa 13% gestiegen, von 15 auf etwa 17 Euro pro Tonne.



Quelle: EEX, eigene Berechnungen

Deckungsbeiträge neuer Kraftwerke

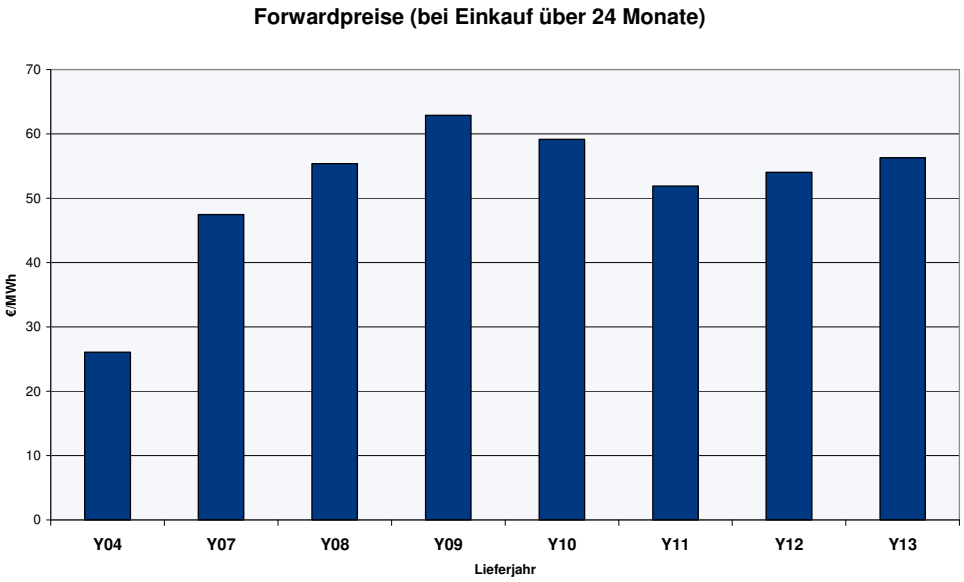
Die aktuelle preisliche Situation der Primärenergieträger, der CO_2 Zertifikate und der Stromfutures für 2012 zeigt, dass die Entwicklung neuer Gas- und Kohlekraftwerke seit der Verkündung des Moratoriums zumindest in Deutschland wieder für Investitionen ausreichend Deckungsbeiträge erlaubt.



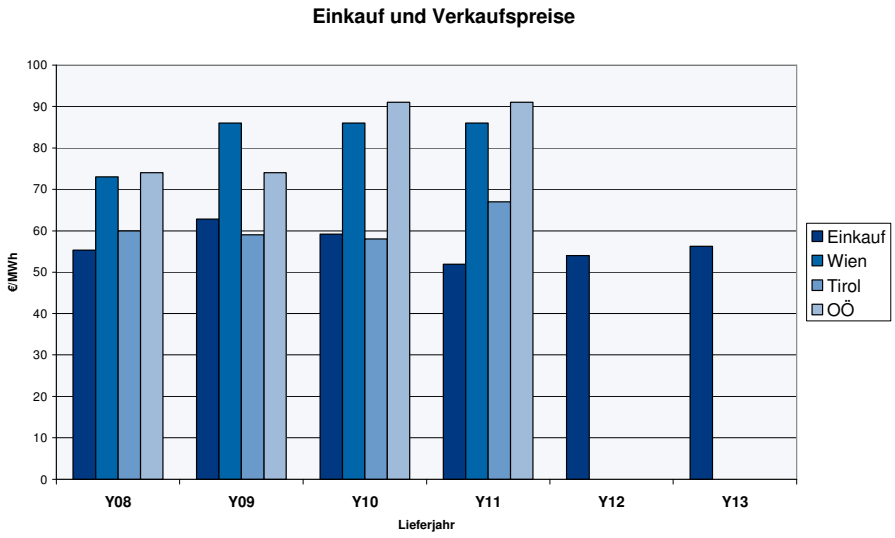
Quelle: EEX, eigene Berechnungen

Auswirkungen auf die Endkunden im Strombereich

Die Spotpreise sind seit Mitte März um etwa 15 €/MWh höher (+ 23%) als im gleichen Zeitraum im Jahr zuvor, die Forwardpreise für 2010 sind gegenüber dem Vorjahr lediglich um 8% gestiegen.



Quelle: EEX

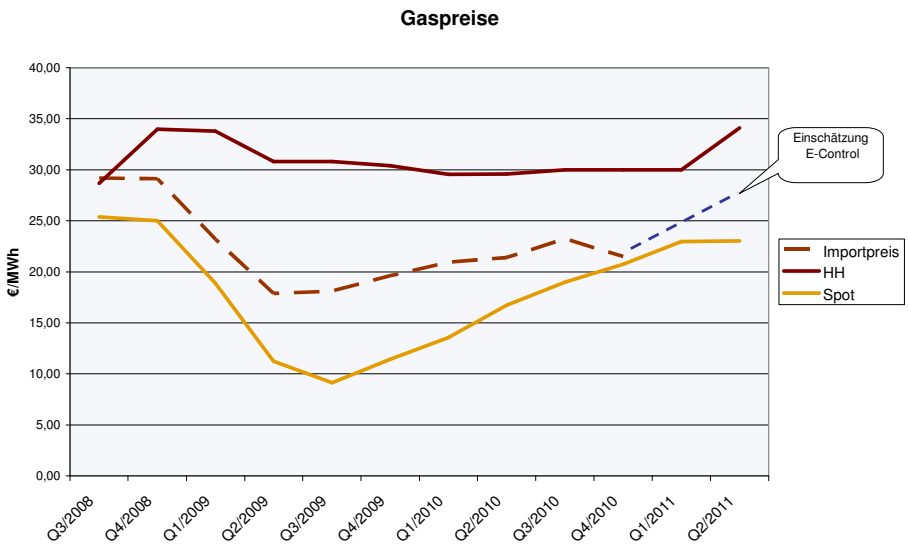


Quelle: EEX, eigene Berechnungen

Auch im Strombereich haben die Haushaltspreise die Einstandpreissenkungen 2010/2011 nicht nachvollzogen. Die Rohmargen beliefen sich bei einzelnen Anbietern auf eine Größenordnung von bis zu 90 €/Haushalt.

Auswirkungen auf die Endkunden im Gasbereich

Seit Wochen sind die österreichischen Endkunden mit Gaspreiserhöhungen konfrontiert. Die Steirische Gas-Wärme erhöhte mit 1. Juni den Energiepreis um 13,4%, die Energie Graz um 13,2%, die Salzburg AG um 15,6%. Im Sommer stehen weitere Preissteigerungen bevor. So erhöht die Tigas mit 1. Juli den Energiepreis um 14,7%, die VEG erhöht den Energiepreis mit 1. August um 14,5%. „Die Gaspreiserhöhungen sind zu großzügig ausgefallen. Die Preisanpassung reflektiert nicht die tatsächlichen Veränderungen am Großhandelsmarkt. Insbesondere die Senkungen der letzten zwei Jahre wurden nicht weitergegeben.“, hält Walter Boltz fest.

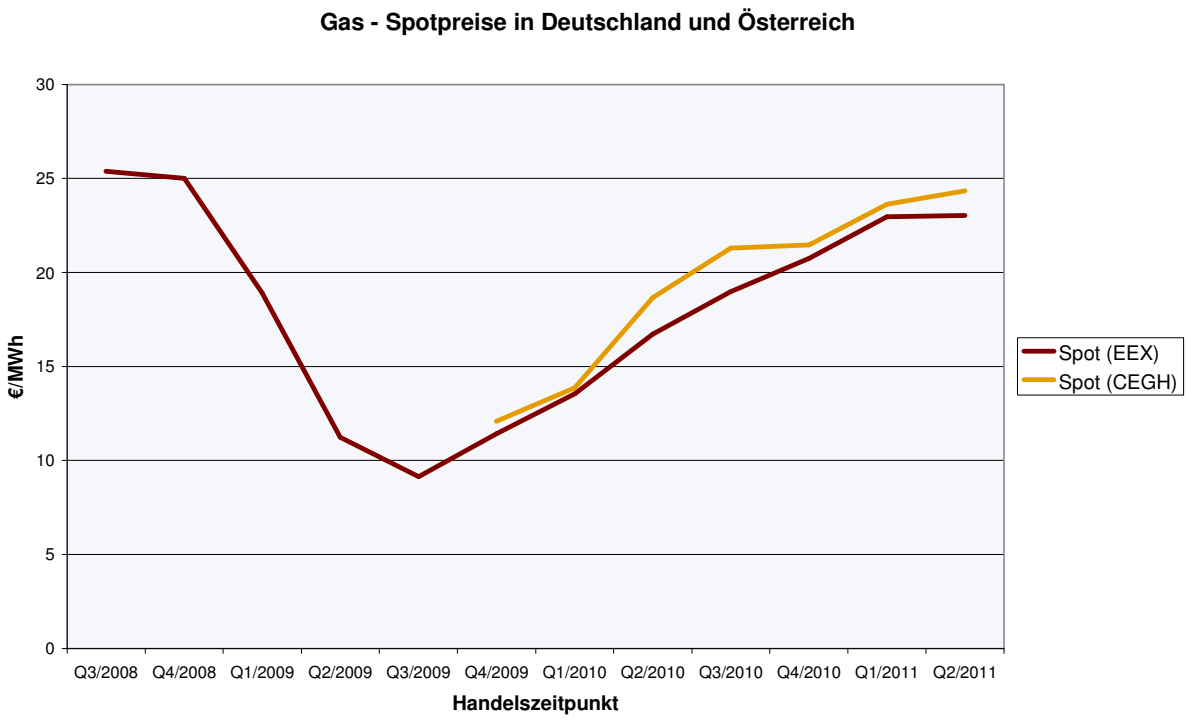


Quelle: EEX, Statistik Austria, eigene Berechnungen

Die Haushaltspreise haben die Einstandpreissenkungen 2009/2010 nicht nachvollzogen. Die Rohmargen beliefen sich auf eine Größenordnung von 100 €/Haushalt.

Verbesserungen durch liquideren Gasmarkt

Gegenüber anderen Spothandelspreisen zeigt der CEGH immer wieder Preisdifferenzen auf. „Diese Differenzen ergeben für 2010 eine ‚Wertsteigerung von Erdgas' in der Größenordnung von 130 Mio Euro, für das Jahr 2011 bisher in der Größenordnung von etwa 50 Mio Euro.", führt Walter Boltz aus. „Es ist nicht ganz klar, welcher Anteil des heimischen Konsums von den CEGH Preisen direkt abhängt. Dennoch ist aber festzuhalten, dass er wohl Ausdruck des höheren Preisniveaus in Österreich gegenüber Deutschland ist."



Quelle: EEX, CEGH

Diese Preisdifferenzen können vorwiegend auf Netzengpässe im Sommer zurückgeführt werden. „Vor allem ausschlaggebend ist jedoch, dass die Preisfindung in Österreich durch die teilweise Abschottung noch nicht liquide genug und daher unzufriedenstellend ist. Die Preisfindung wird aber angesichts der höheren Bedeutung kurzfristiger Preissignale, vor allem hinsichtlich der steigenden Verstromung von Erdgas, immer wichtiger.“, so Mag. (FH) Martin Graf, Vorstand der E-Control. Hohe Bedeutung kommt einer raschen Umsetzung des neuen Gaswirtschaftsgesetzes im Rahmen des 3. Pakets zu und damit in Zusammenhang der Umstellung auf das neue – von der Europäischen Union vorgegebene – Entry-Exit-Modell für die Fernleitungen. Dieses Modell sieht vor, dass in jedem Marktgebiet nur eine Entry-Exit-Zone („Gassee“) eingerichtet werden soll. Für Tirol und Vorarlberg als eigene Marktgebiete sollen die Regeln zu dem benachbarten Marktgebiet in Deutschland soweit harmonisiert werden, dass grenzüberschreitender Wettbewerb barrierefrei funktionieren kann. „Das Entry-Exit-System gewährleistet, dass nationale Konsumenten auch Zugang zu den internationalen Gasflüssen erhalten. Außerdem können sich dadurch leichter liquide Handelsplätze bilden, die wichtig sind, damit Europa endlich preislich von den Ölpreisbewegungen

unabhängiger wird.“, erläutert Walter Boltz. Dies hätte vor allem im Jahr 2010 dazu geführt, dass Gas billiger gewesen wäre und z.B. Kohlekraftwerke in Europa weniger eingesetzt worden wären.
Um die Vision eines europäischen Gasmarktes umzusetzen, wurden die europäischen Regulatoren – unter der Leitung der E-Control, der Ofgem und der Bundesnetzagentur – zudem beauftragt, ein Gas Target Model zu entwickeln. Ein Modell, das einen europäischen Gasmarkt schafft, der integriert ist, in dem es eine Angleichung der Großhandelspreise gibt, der es den Konsumenten ermöglicht, seinen Gaslieferanten aus unterschiedlichen Quellen zu beziehen und der die zukünftige Energieversorgung sicherstellt. Voraussetzung dafür ist ein koordinierter, effizienter Infrastrukturausbau bzw. deren sinnvolle Nutzung. Bis 2014 soll der Binnenmarkt Realität sein.

Atomausstieg – keine unmittelbaren Folgen für die österreichischen Konsumenten

Die E-Control ist davon überzeugt, dass es durch den Atomausstieg Deutschlands für die heimischen Kunden keine akuten Veränderungen geben wird. „Wir erwarten kurzfristig keine unmittelbaren Folgen für die Konsumenten, sowohl was die Energieversorgung als auch die Strompreise betrifft.“, so Martin Graf. Und weiter: „Zwar konnten wir – im Zuge des Atom-Moratoriums und der Diskussion über den Atomausstieg – einen Preisanstieg am Großhandelsmarkt feststellen. Durch die langfristige Beschaffungspolitik der Energieversorger sind unmittelbare Auswirkungen durch die aktuellen politischen Entscheidungen in Deutschland jedoch nicht zu erwarten.“
Dass die Konsumenten nicht mit unbegründeten Preiserhöhungen belastet werden, sieht die E-Control als ihre vorrangige Aufgabe an. „Hier ist es sicher wichtig, dass die E-Control in ihrer neuen Rechtsform nunmehr mit der Preis- und Wettbewerbsaufsicht betraut ist.“, hält Walter Boltz fest. Künftig wird somit eine noch höhere Transparenz erforderlich sein, ist die E-Control überzeugt, sowohl was die Preise als auch die Herkunft der Energie betrifft.

Effekte des Atomausstiegs in Deutschland

Alle Atomkraftwerke werden bis auf eines ab Ende 2022 still gelegt. Vorhandene Studien zeigen auf, dass durch den Atomausstieg beim Stromgroßhandel

durchschnittlich etwa + 10 €/MWh oder etwa knapp 6 Mrd €/a auf die deutsche Volkswirtschaft hinzukommen. Die vorzeitige Schließung der Atomkraftwerke bedeutet zusätzliche Abschreibungen in der Größenordnung von etwa 70 Mrd. Euro (bei einem Deckungsbeitrag von angenommenen 40 € /MWh). In ihrer Restlaufzeit hätten sie etwa 1800 TWh Strom produzieren können. Ende 2010 betrug die restliche erlaubte Stromproduktion noch 980 TWh aus dem Stromkonsens 2001 und 1800 TWh aus der Laufzeitverlängerung.
Die vorzeitige Schließung der 8 Kraftwerke betrifft etwa 140 TWh, die allerdings auf die anderen Kraftwerke übertragen werden dürfen. CO_2 Emissionen könnten – bei Substitution durch Gas – um über 70 Mio Tonnen steigen, wenn die Erneuerbarenpläne nicht erhöht werden. Konkret hängt der deutsche Anteil aber auch von der neuen internationalen Merit-Order ab. Derzeit sind in Deutschland vorhersehbare Zubauten bis 2013 von 1700 MW Erdgas und 7000 MW Steinkohle, d.h. ein Gesamtzubau von 9512 MW netto.
Die aktuellen Pläne in Deutschland könnten bis zu 50 €/MWh für die Endkunden an Förderbedarf bedeuten. Vor diesem Szenario werden in Deutschland aber Systemänderungen diskutiert wie der Ausbau der Erneuerbaren Ziele oder eine marktbasierte Förderung, da die durchschnittliche Vergütung erneuerbarer Energie von 2000: 8,5 c/kWh auf 2010: 15,4 c/kWh gestiegen ist und die Förderkosten 2010 etwa 9 Mrd €/Jahr betrugen. Im Vergleich dazu betrugen die Förderkosten in Österreich etwa 350 Mio €/a oder lediglich 4% bei etwa dem gleichen Anteil geförderten Ökostroms an der Endabgabe.

Was bedeutet das für Österreich?

Doch auch für Österreich hat der Atomausstieg Deutschlands langfristige Folgen. Die Kosten für die heimische Volkswirtschaft könnten etwa 600 Mio €/a betragen. „Eine Chance bedeutet der Atomausstieg hingegen für die heimischen Kraftwerksbetreiber. Österreich könnte wieder Nettoexporteur bei Strom werden.“, so Walter Boltz. „Die Kehrseite der Medaille ist natürlich, dass die heimischen CO_2 Emissionen durch Gaskraftwerke wieder um ca. 6 Mio t/a steigen könnten.“ Und weiter: „Die stärkere Auslastung der Gaskraftwerke sowie der Zubau von beispielsweise 3 GW könnte einen Zusatzbedarf von etwa 3 Mrd m^3 und – je nach Auslastung – mehr bedeuten.“

Wer profitiert am meisten?

Der Atomausstieg Deutschlands zieht für alle Akteure weitreichende Folgen nach sich. Neue Problemstellungen, aber auch neue Chancen stehen der Energiewirtschaft bevor. Als größte Profiteure können folgende Gruppen definiert werden:

- Effizienzanstrengungen
  - Projekte auch in der Wirtschaft rechnen sich leichter durch den Preisanstieg
- Stromproduzenten
  - Bestehende Wasserkraftwerksbetreiber erhöhen ihre Profite um 20% (so wie alle Grundlasttechnologien)
- Anlagenbauer
  - 20 GW neue Kraftwerke erfordern etwa ein Investvolumen von 10 Mrd € im Fall von Gaskraftwerken oder aber auch 20 Mrd und mehr bei Windinvestitionen (wobei aber für die gleiche Energiemenge etwa die dreifache Windkraftkapazität notwendig wäre)
- Erneuerbare
  - Förderbedarf sinkt um 10 €/MWh, insbesondere für Kleinwasserkraft könnte dies ermöglichen ohne Förderungen aus zu kommen;
  - Günstige Windstandorte könnten ebenfalls ohne/ mit sehr geringen Förderungen auskommen.